



**Sonderkommando der Staatssicherheit:** Gefangene werden häufig an Ort und Stelle niedergemacht

Algerien

# LETZTE KUGEL AUFSPAREN

**Nach der gescheiterten Versöhnungskonferenz steht der größte Staat Nordafrikas an der Schwelle zum Bürgerkrieg. Die Fundamentalisten drohen mit einer neuen Gewaltoffensive, das Militär ist zum Putsch bereit, und Proteste der Berber gefährden die Einheit des Landes.**

**G**eneral Chalid Nisar, der starke Mann in Algeriens Hohem Staatsrat, erwartete ungewöhnlichen Besuch: vier aus einem geheimen Straflager in der Sahara entlassene Häftlinge. Auf Befehl des früheren Verteidigungsministers hatte eine Sondermaschine des Militärs die Freigelassenen in die 700 Kilometer entfernte Hauptstadt geflogen.

Die Gäste, die Nisar in einem Seitenflügel des Regierungspalastes empfing, waren einflußreiche Aktivisten einer Organisation, die das vom Militär gestützte Regime landesweit mit Terroranschlägen und Überfällen bedrängt und Algerien an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hat: der Islamischen Heilsfront (FIS).

Mehr als zwei Stunden versuchte der General, die Vertreter der extremistischen Moslemorganisation zur Teilnahme an einer von der Regierung einberu-

fenen „Nationalen Versöhnungskonferenz“ zu bewegen – vergebens. „Bei diesem Scheingefecht“, beharrten die Besucher, „macht die Heilsfront nicht mit.“ Statt dessen drohten sie Nisar, wie sie hinterher berichteten, daß für Militär und Regierung die Zeit ablaufe: „Der Vorhang ist für euch gefallen.“

Die zweitägige Versammlung in der Hauptstadt, auf der ein nationaler Konsens gefunden und über die künftige Führung des zerrissenen Landes entschieden werden sollte, geriet zum Fiasco. Die Konferenz setzte vorige Woche keinen „Schlußstrich unter zwei Jahre Unruhe und Wahnsinn“, wie das Staatsfernsehen voreilig verkündete.

Die von allen wichtigen Parteien des Landes boykottierte Veranstaltung offenbarte vielmehr, so die Pariser Tageszeitung *Le Monde*, „den selbstmörderischen Zustand einer Klasse, die am Ende ist“. Und *Le Figaro* sah für die einsti-

ge französische Kolonie im Norden Afrikas nur noch die Wahl zwischen zwei Übeln: „Armee oder Islamisten“.

Droht dem 27-Millionen-Volk am Südrand des Mittelmeeres nun eine Militärdiktatur, die das Land mit brutaler Gewalt auf laizistischem Kurs hält? Oder werden religiöse Fanatiker nach iranischem Vorbild einen blutigen Gottesstaat errichten – vor den Toren der Europäischen Union?

Ein Kompromiß scheint nach dem Scheitern der Versöhnungskonferenz kaum möglich, Militärs wie Fundamentalisten greifen gleichermaßen nach der ganzen Macht. Die Armee, drohte Verteidigungsminister El-Amin Sirwal, werde „nicht tatenlos zusehen“, wenn die „Interessen des Landes“ bedroht seien.

Die religiösen Fanatiker wiederum wollen mit einer Großoffensive das abgewirtschaftete Regime endlich in die Knie zwingen. „Der Prozeß der nationa-

len Befreiung ist im Gang“, verkündete die FIS-Führung aus dem Untergrund.

Eine andere fundamentalistische Kampforganisation warnte ausländische Regierungen davor, der „Militärjunta“ zu helfen: Dann würden Botschaften und Firmenvertretungen „Ziele unserer Mudschahidin“.

Schon in einem Jahr, prophezeien Führer der „Gotteskämpfer“, könne das „Banner des Islam über dem Präsidentenpalast flattern“ – mit fatalen Folgen für ganz Nordafrika, aber auch für Europa. Wenn die Heilsfront erst mal an der Macht sei, befürchtet Ait Ahmed, der Chef der wichtigsten Oppositionspartei, der Front Sozialistischer Kräfte (FFS), „wird der ganze Maghreb in die Hände der Islamisten fallen“ (siehe Interview Seite 120).

Vor der Zerreißprobe steht ein Staat, der nach seiner Unabhängigkeit 1962 zu einem sozialistischen Musterland der Dritten Welt aufgebaut werden sollte. Doch die Einheitspartei FLN (Front de libération nationale), hervorgegangen aus dem erbitterten Befreiungskrieg gegen die Franzosen, trieb Algerien trotz



**General Nisar**  
Islamistenfront aufbrechen

seiner großen Öl- und Gasvorkommen in den Ruin.

Die Staatsbetriebe, von einer weitgehend korrupten und verfilzten Führungselite alter Kämpfer als persönliche Pfründen betrachtet, machen chronisch Verluste. Offiziell ist jeder vierte, tatsächlich wohl jeder zweite Algerier arbeitslos. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre – und ohne berufliche Chancen.

Aus diesem revolutionären Potential schöpft die Heilsfront. „Der Islam“, beschwor FIS-Führer Abbassi el-Madani die Massen, „ist eure Erlösung. Nur er weiß eine Antwort auf eure Nöte.“

Als das FLN-Regime, das sich ausweglos verrannt hatte, Ende 1991 erst-

mals freie Wahlen zuließ, erhielten die Islamisten im ersten Durchgang gleich 47 Prozent der Stimmen. In Panik stoppten die Machthaber den Urnengang und brachten den FIS um seinen sicheren Sieg. Die Heilsfront wurde verboten, ihre wichtigsten Führer, Ali Belhadsch und Abbassi el-Madani, kamen ins Gefängnis.

Seitdem bekämpfen die Islamisten die Staatsmacht aus dem Untergrund heraus mit Terroranschlägen und Kommandoaktionen.

Um das Regime von westlicher Hilfe abzuschneiden, legten sie auch auf Ausländer an. Bilanz des Machtkampfs: etwa 3000 Tote in knapp zwei Jahren.

Allein in der dritten Januarwoche kamen 300 Soldaten und FIS-Kämpfer, aber auch unbeteiligte Zivilisten ums Leben. Bei einem einzigen Angriff eines islamischen Kommandos in der Nähe von Sidi-Bel-Abbès fielen 60 Soldaten – selbst während des achtjährigen Unabhängigkeitskriegs hatte die französische Armee solch einen Schlag nicht einstecken müssen.

Im unwegsamen Berggelände außerhalb der Städte liefert sich das Militär inzwischen regelrechte Schlachten mit den Aufständischen – dabei sollen auch Napalmbomben gefallen sein.

Statt mit demokratischen und wirtschaftlichen Reformen Vertrauen zurückzugewinnen, setzt der Hohe Staatsrat, der Algerien provisorisch regiert, vor allem auf Repression – und treibt den Islamisten mit Massenverhaftungen und Folter nur weitere Verbitterte zu. Todesschwadronen jagen vermeintliche FIS-Aktivisten, Gefangene werden häufig an Ort und Stelle niedergemacht. Schätzungsweise 8000 Soldaten sind schon zu den vermutlich 15 000 Gotteskämpfern übergelaufen.

Der nun großspurig vom Staatsrat angekündigte „politische Neuanfang“ entpuppte sich als Sackgasse: Zwar ließ die Staatsführung 901 internierte Heilsfront-Aktivisten frei. Da aber das Verbot der Islam-Partei nicht aufgehoben wurde und maßgebliche Führer wie Madani weiter in Haft blieben, mochte nicht einmal die frühere Einheitspartei FLN an der Versöhnungskonferenz teilnehmen.

Auch die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten, der den Hohen Staatsrat ablösen sollte, mißlang. Der für das Amt von den Militärs ausersehene Abd el-Asis Buteflika, von 1963 bis 1979 Außenminister, zuckte zurück –



**Verhaftete Fundamentalisten\***: „Der Vorhang ist gefallen“

wohl weil er sich zu sehr als Marionette des Militärs fühlte.

Von Buteflika hatten sich zumindest gemäßigte FIS-Führer ein Ende der Hatz erhofft. Immerhin hatte er „totale Pressefreiheit“ und eine „Entlassung aller politischen Gefangenen“ gefordert.

Für zusätzlichen Sprengstoff sorgt neuerdings auch die lange vernachlässigte Bevölkerungsgruppe der Berber. Offiziell stellen die aus der Bergregion Kabylei stammenden Ureinwohner des Maghreblandes, die im 7. Jahrhundert von den anstürmenden Arabern islamisiert wurden, knapp ein Fünftel, tatsächlich jedoch wohl eher die Hälfte der Algerier.

Berbervertreter wie der FFS-Führer Ait Ahmed beteuern zwar, daß „niemand von uns die Einheit der algerischen Nation in Frage stellt“. Doch unter den traditionell rebellischen Berbern, die sich schon den Arabisierungsprogrammen des FLN-Regimes erfolgreich widersetzt hatten und außer Französisch vor allem ihre eigene Sprache pflegten, wachsen separatistische Tendenzen.

Viele Berber fürchten, wie der Lokalsender der Kabylei vermeldete, eine „Festschreibung der arabischen Unterdrückung“, wenn das Regime Forderungen der Islamisten nachgibt. Unlängst erst gingen in der 200 Kilometer östlich von Algier gelegenen größten Berberstadt Tisi Usu über 100 000 Demonstranten für mehr Eigenständigkeit auf die Straße. Motto: „Wir sind keine Araber.“

Daß eine offene Machtergreifung der Generale bislang ausblieb, schreiben westliche Diplomaten in Algier der Besonnenheit General Nisars zu; der heimliche Herrscher Algeriens konnte den hitzköpfigen Verteidigungsminister Sirwal von Umsturzversuchen abhalten.

Nasir weiß, daß Algier durch einen Putsch auch seinen letzten internationa-

\* In Algier.

# „Dann fällt der Maghreb“

Oppositionsführer Hocine Ait Ahmed über den Machtkampf in Algerien

Ait Ahmed, 67, ist einer der historischen Helden aus dem algerischen Befreiungskrieg gegen Frankreich und Generalsekretär der wichtigsten Oppositionspartei, der Front Sozialistischer Kräfte (FFS).

**SPIEGEL:** Läßt sich das Blutvergießen in Algerien noch stoppen?

**Ait Ahmed:** Wir stehen an der Schwelle zum Bürgerkrieg. Schon jetzt sterben 200 Menschen pro Woche eines gewaltsamen Todes. Noch aber kämpft nur eine Minderheit gegen die Staatsmacht, das Volk zerfleischt sich nicht selbst.

**SPIEGEL:** Kann es mit den religiösen Extremisten einen Kompromiß geben? Die Regierung rechtfertigt ihre Härte mit der Notwendigkeit, eine drohende islamische Diktatur abzuwehren.

**Ait Ahmed:** Auch wir sind gegen eine islamische Republik. Algerien ist ein modernes Land, wir sind nicht der Iran und nicht der Sudan. Das Regime hat die demokratischen Kräfte unterdrückt und schafft in der internationalen Meinung eine falsche Alternative: wir oder der Gottesstaat. Im Vergleich mit den Fundamentalisten stehen die Herrschenden dann als kleinere Übel da. Ihnen fehlt aber jede Kraft zur Erneuerung; sie wollen nur eins: ihre Privilegien sichern.

**SPIEGEL:** Könnte die Islamische Heilsfront schon bald an die Macht kommen?

**Ait Ahmed:** Für eine Machtübernahme gibt es nur zwei Szenarien. Erstens: durch einen Bürgerkrieg, den die Regierung verlieren würde, weil sie im Volk keinen Rückhalt mehr hat. Zweitens: durch ein heimliches Abkommen zwischen der Heilsfront und der Regierung.

**SPIEGEL:** Was versprechen Sie sich von einem Dialog mit den Eiferern?

**Ait Ahmed:** Ich sage nicht, daß wir die Islamisten demokratisieren können. Aber wir müssen im Dialog mit ihnen einen Durchbruch erreichen. Das Volk hat genug von Brutalitäten

– seitens der Regierung wie der Heilsfront, und das wissen die Islamisten. Sie müssen vor ihre Verantwortung gestellt und eingebunden werden.

**SPIEGEL:** Wie konnten die radikalen Islam-Verfechter zu einer so gefährlichen Herausforderung werden?

**Ait Ahmed:** Es war die Diktatur des Schahs, die Chomeini an die Macht gebracht hat. In Algerien haben die Diktatur des Staates und der Armee wirtschaftliches Chaos und ein politisches Vakuum geschaffen. Die Entwurzelten und Ausgestoßenen suchen Zuflucht in den Moscheen; die Extremisten wissen das zu nutzen.

**SPIEGEL:** Sie gelten als einer der wichtigsten Berberführer Ihres Landes – wird der Kampf zwischen Regierung und Islamischer Heilsfront nun auch den traditionellen Konflikt zwischen Arabern und Berbern wieder anfachen?

**Ait Ahmed:** Das ist eine akute Gefahr, aber nicht, weil es einen grundsätzlichen Konflikt gäbe zwischen Arabern und Berbern. Wir sind keine Separatisten, wir sind alle Algerier. Aber die Regierung versucht, uns in ihren Kampf gegen die Heilsfront zu verstricken. Sie will eine Front Berber gegen Islamisten aufbauen.

**SPIEGEL:** Was für Folgen hätte ein Sieg der militanten Islamisten in Algerien für die Nachbarn Marokko und Tunesien?

**Ait Ahmed:** Wenn der Fundamentalismus in Algerien siegt, dann fällt der gesamte Maghreb. Unsere ganze Geschichte spricht für diese Annahme. Europa sollte eine Lehre ziehen aus dem Krieg in Bosnien; gewisse Entwicklungen muß man im Keim ersticken. Aber Europa tut immer zuwenig und das zu spät.

**SPIEGEL:** Was kann Europa denn unternehmen?

**Ait Ahmed:** Druck ausüben, mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln, um die Staatsmacht zur Demokratisierung zu zwingen. Nur so läßt sich Algerien retten.



Ait Ahmed

len Kredit verspielen würde – und die Islamisten nur noch mehr Auftrieb erhielten. Vorerst will der General deshalb weiter auf Dialog setzen, um gemäßigte Islamisten aus der Heilsfront herauszubringen.

„Einen Putsch“, belehrte Nasir vergangene Woche ungeduldige Kameraden, „müssen wir uns als letzte Kugel aufsparen.“ □

Japan

## Gebeugtes Haupt

Reformer Hosokawa ist mit seinem Kampf gegen Korruption und Ämterschacher am Klüngel der alten Kräfte gescheitert.

In seiner Not wandte sich der Regierungschef direkt ans Volk. „Erheben Sie Ihre Stimme“, forderte Masahiro Hosokawa, 56, vergangenen Donnerstag seine Landsleute auf, „sagen Sie laut, daß Sie nicht wollen, daß die Reform scheitert.“

Fast alle Fernseh- und Rundfunkstationen übertrugen den leidenschaftlichen Appell, an den Hosokawa – außerhalb der Parteien beliebt wie kaum ein japanischer Spitzenpolitiker zuvor – sein Schicksal knüpfte: „Ich werde mich nicht an mein Amt klammern, wenn ich mein Versprechen politischer Reformen nicht einlösen kann.“ Um ihn gehe es nicht, so der Ministerpräsident; „auf dem Prüfstand steht die japanische Politik an sich“.

Das Volk aber blieb stumm und Hosokawas verzweifelter Aufruf ohne Wirkung. In der Nacht zum Freitag scheiterte ein Kompromiß zwischen Regierung und Opposition im Vermittlungsausschuß, dem Abgeordnete beider Häuser des Parlaments angehören. Hosokawa drohte zu stürzen.

„Ganz gleich, wie das endet“, meinte ein Ausschußmitglied, „die Bürger werden es nicht verstehen“ – und kaum vergeben bei der nächsten Wahl.

„Seiji kaikaku“, politische Reform, lautete der Schlachtruf der sieben Parteien, die sich im vergangenen Sommer zu einer Koalition der Neuerer zusammenschlossen und damit das 38 Jahre währende Regierungsmonopol der Liberaldemokraten (LDP) brachen. Seit seinem Amtsantritt im August hat Premier Hosokawa „seiji kaikaku“ zur Chefsache erhoben.

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung gelobte er, alsbald einschneiden-